

10. Jänner 1941

Der Kreishauptmann des Kreises
Krakau = Land

An das
Amt des Generalgouverneurs
z.H. Chef des Amtes
Krakau

LAGEBERICHT DEZEMBER 1940

I. Allgemeine, politische Lage

Die Stimmung in der polnischen Bevölkerung ist den schwierigen Lebensverhältnissen entsprechend etwas gedrückt. Insbesondere wirkt sich zur Zeit der Mangel an Beheizungs- und Brennmaterial außerordentlich ungünstig aus. Erhebliche Schwierigkeiten in Ernährungsfragen treten zunächst bloß vereinzelt auf, werden sich aber im Laufe der kommenden Wintermonate immer drückender gestalten. Die im letzten Bericht erwähnten Gerüchte sind verstummt, aber wieder durch neu in Umlauf gesetzte ersetzt worden. Die Hoffnung der Polen gründet sich nun auf die militärisch etwas ungünstiger gewordene Situation Italiens, vor allem an der griechischen Front. Es wird in der polnischen Bevölkerung viel von einer Kriegsunlust Italiens, Friedens- und sogar Bündnisangeboten an England geschwätzt. Sehr nachteilig wirkt sich auf die Stimmung der Bevölkerung die andauernde Zwangseinweisung von Aussiedlern aus den angegliederten Ostgebieten aus. Ich habe auf diesen Umstand schon wiederholt hingewiesen. Eine weitere Verschlimmerung der Allgemeinstimmung wird die Judenaussiedlungsaktion zur Folge haben. Einen Bericht von 9.12.1940 über die angekündigten Judentransporte, in dem ich die besonderen Schwierigkeiten der Kreishauptmannschaft aufgezeigt habe, schließe ich in Abschrift bei. Als die Krakauer Judenschaft merkte, daß die Aussiedlung nunmehr ernstlich in Angriff genommen wird, versuchten zahlreiche Juden unter Mitnahme ihrer Einrichtungsgegenstände die Stadtgrenze zu verlassen. Ich habe, sobald mir die vorwiegend in der Nacht vorgenommenen Aussiedlungen zu Kenntnis gelangt sind, einen nächtlichen Streifendienst durch Gendarmerie, Sonderdienst und polnische Polizei an den Ausfallstraßen der Stadt eingerichtet. Zahlreiche Fälle von Übertretungen der Verordnung über die Judenkennezeichnung und insbesondere der Anordnung über Aufenthaltsbeschränkungen (221 Fälle !) wurden dabei festgestellt.

II. Sicherheitsverhältnisse

Eine wesentliche Veränderung der Sicherheitsverhältnisse war nicht zu verzeichnen. 2 Morde und 3 Raubüberfälle haben sich ereignet. In 3 Fällen wurde Waffenbesitz festgestellt.

Ein schon wiederholt betonter Übelstand ist der Mangel an Kraftfahrzeugen, der die Gendarmeriekräfte verhindert, ihre Tätigkeit wesentlich über den Sandortbereich hinaus zu erstrecken. Insbesondere die ihnen obliegende Aufsicht über die polnische Polizei würde eine größere Beweglichkeit unbedingt erfordern. Trotzdem sich die

polnische Polizei im allgemeinen gut bewährt, ist doch immer wieder zu erkennen, daß sie auf gewissen Gebieten außerordentlich lax arbeitet. So insbesondere auf dem Gebiet der Bekämpfung des Schleichhandels und der Preistreiberei. Eine intensivere Beaufsichtigung durch die deutsche Gendarmerie würde sie auch auf diesen Gebieten zu größerer Energie anhalten. Durch Belohnungen für die auf diesen Gebieten erfolgreichsten Polizeibeamten bin ich bestrebt, den Polizisten für die Arbeit auf diesen Gebieten einen Anreiz zu geben.

III. Wirtschaftliche Lage

Da die landwirtschaftlichen Arbeiten vollkommen ruhen, wird das Hauptgewicht nunmehr der Holzabfuhr zugewandt.

Die Gesamtablieferung an Getreide hat 23,595. 26 dz Getreide eingebracht. Für die Gemeindeverpflegung der polnischen Normalverbraucher und die A- und B-Betriebe müssen rund 700 t Brotmehl herausgegeben werden. Das bedeutet, daß die abgelieferte Menge für rund 3½ Monate, also bis Mitte Januar 1941, reicht. Da eine zusätzliche Verpflegung erst ab April erfolgen soll, müßten noch rund 20.000 dz Getreide aufgebracht werden. Selbst bei rücksichtslosestem Einsatz halte ich es nicht für möglich, nochmals eine solche Menge, die nahezu die bereits mit vieler Mühe eingebrachte Getreidemenge erreicht, neuerlich aufzubringen. Ich werden zwar bemüht sein, das Möglichste zu tun, weise aber auch darauf hin, daß vermutlich Saatgetreide und Saatkartoffeln angegriffen werden.

Die Verbrausregelung für eine Reihe von Stadt- und Sammelgemeinden ist in Vorbereitung.

Schwierigkeiten macht noch die Lebensmittelverteilung an die in der Kreishauptmannschaft verstreut wohnenden Deutschen. Eigene Geschäfte sind fast überall unrentabel. Die Versuche, über die Konsumgenossenschaft „Spolen“ eine Verteilungsgenossenschaft aufzuziehen, sind gescheitert, da die Genossenschaft ebenfalls nicht in der Lage ist, ohne Kostenzuschuß die Organisation aufzuziehen. Bis zu einer endgültigen Regelung wird die Verteilung weiter über die Gemeindevorsteher erfolgen müssen. Es wird sich allenfalls zur Erleichterung der Übersicht notwendig erweisen, die den Deutschen erteilte Genehmigung, Lebensmittel sowohl in der Kreishauptmannschaft als auch in der Stadt Krakau einzukaufen, für gewisse Lebensmittel, insbesondere die Grundverpflegung, zu widerrufen und nur den Einkauf von zusätzlichen Lebensmitteln in Krakau zu genehmigen.

Ich begrüße es außerordentlich, daß nunmehr nach langem Bemühen die Gleichstellung der an das Stadtgebiet angrenzenden 8 Sammelgemeinden an die Stadt Krakau hinsichtlich der Lebensmittelrationsstütze erfolgt ist.

Die erforderlichen Mengen Brennereikartoffeln sind nur bei einer einzigen Brennerei vorhanden, während die übrigen noch Mangel haben.

Für die Vieherfassung ist ein neuer Marktstellenleiter eingesetzt worden. In der Woche vom 16. bis 21. Dezember hatte die Kreishauptmannschaft die doppelte Anzahl (d.s. 200 Stück) Schlachtvieh für die Stadt Krakau zu liefern. Außerdem mußten 180 Stück Rindvieh in der Weihnachtswoche zusätzlich zur Versorgung der

Stadt geliefert werden. Diese Überbelastung wirkt sich teilweise so aus, daß die Bauern teilweise nur noch 1 oder 2 Kühe haben. Über diesen Mangel täuscht derzeit noch ein verhältnismäßig guter Auftrieb hinweg. Dieser Auftrieb geht aber vor allem auf die Güterknappheit zurück, die auch die Milchproduktion erheblich beeinträchtigt. Das zur Zeit bestehende ungesunde Überangebot an Vieh wird dadurch eingedämmt, daß die Tiere gezeichnet und dem Eigentümer für 2 bis 3 Monate zur Mästung zurückgegeben werden.

Die Lage der zugelassenen 13 Handelsmühlen ist äußerst kritisch. Bei der Rentabilitätsberechnung wurde ein Mahllohn von Zl 3.50 pro 100 kg und ein Sackpreis von 60 gr zugrundegelegt. Tatsächlich hat die Landwirtschaftliche Zentralstelle mit Firmen Abschlüsse getätigt, die einen Preis von Zl 6.- je Papiersack vorsehen. Dadurch entstehen bei 100 kg Mehl Zl 2.- Unkosten, wenn man annimmt, daß ein Sack 3 mal verwendet werden kann.

Die Häute- und Fellerfassung sowie die Fett-, Hörner- und Borstenerfassung wird nunmehr über die Kreistierärzte auf den einzelnen Schlachthöfen durchgeführt. Die erfaßten Mengen werden direkt dem Großaufkäufer zugeleitet, wodurch die Aufkäufer überflüssig geworden sind. Mit den dadurch eingesparten Beträgen beabsichtige ich, eine Ausbesserung der Schlachthäuser vorzunehmen. Ein unhaltbarer Zustand ist die Begünstigung der Schwarzschlächter durch die zum Teil jüdische Aufkaufsorganisation der Großaufkäufer. Es ist ein Unding, daß einerseits Schwarzschlachtungen verboten sind, andererseits den Schwarzschlächtern durch Abnahme der Felle noch ein Anreiz geboten wird. Die Abwägung der entgegenstehenden Interessen, also hier der Vieherhaltung einerseits und der Ledererfassung andererseits, wird meines Erachtens zu Gunsten der Vieherhaltung ausfallen müssen, da hier die Gefahr besteht, daß die Versorgungsgrundlage gefährdet wird.

Die Arbeitslosigkeit ist wie schon erwähnt höher geworden; zum Teil ist dies auf saisonmäßige Schwankungen zurückzuführen, zum Teil allerdings auch auf eine Materialknappheit bei den größeren Firmen.

Auf die unzureichenden Kontingente an Spinnstoffwaren und Schuhen habe ich schon wiederholt hingewiesen. Besonders beim Einsatz der Bevölkerung zum Katastrophendienst macht sich der Mangel an notwendiger Kleidung äußerst störend bemerkbar.

Eine besondere Verknappung ist neben dem bekannten Kohlenmangel auf dem Gebiet der Eisenbewirtschaftung hervorzuheben.

Die bei weitem zu geringe Benzinzuteilung für das hiesige Amt habe ich bereits im letzten Monatsbericht aufgezeigt und muß sie hier neuerlich wiederholen. Es ist auf die Dauer unmöglich, den Betrieb mit der notwendigen Intensität aufrechtzuerhalten, wenn immer wieder selbst wichtige Angelegenheiten nur wegen der unzureichenden Benzinzuteilung zurückgestellt werden müssen.

IV. Schulwesen

Im Laufe des Monats Dezember wurden die deutschen Volksschulen in Borek Falecki und Wieliczka feierlich eröffnet. In Zielonki ist eine deutsche Volksschule –

die siebente in der Kreishauptmannschaft – neu in Betrieb genommen worden. Trotz der bevorstehenden Umsiedlung der Volksdeutschen halte ich die Eröffnung der Schule noch für notwendig, da die Kinder der deutschen Sprache überhaupt nicht mächtig sind.

Am 21. 12. 1940 wurde das erste Halbjahr des Schuljahres 1940/41 für das polnische Schulwesen abgeschlossen. Die sehr gute Schulfrequenz der Monate September – November hat im Berichtsmonat um den 15-20 % nachgelassen. Dies ist eine allgemein übliche Erscheinung, da die Schulen in den Wintermonaten immer geringer besucht waren. Zum Teil ist der geringe Schulbesuch auch auf den Mangel an Kleidern zurückzuführen.

Auffallend ist, daß besonders in den in der Nähe Krakaus gelegenen Schulen der Religionsunterricht von den Kindern stark absentiert wird und die Noten in Religion sehr schlecht ausgefallen sind. Verschiedentlich ist ein Bemühen der Geistlichkeit, Etablierungen im Schuldienst zu erlangen, zu bemerken. Diese Bewerbungen werden im allgemeinen abgelehnt.

V. Kommunalverwaltung

Die Vorarbeiten für die Aufstellung der Haushaltspläne sind eingeleitet, ebenso für die Kassenbücher 1940/41, die Aufstellung der Sollisten für die staatlichen Steuern, Straßensteuern und Gemeindesteuern. Für die Stadt- und Landgemeinden wurden sämtliche Sollbücher, Kassenbücher und Kassenquittungen nach einheitlichen Vordrucken in Bestellung gegeben. Dadurch ist eine einheitliche Geschäfts- und Kassenführung auch in den Stadt- und Landgemeinden gewährleistet.

Die Steuereingänge an Straßensteuern und Einwohnerabgabe waren im Berichtsmonat gut.

Die Revisionen bei den Gemeindekassen werden planmäßig weitergeführt. Die Finanzlage der Gemeinden ist im allgemeinen günstig, so daß in mehreren Gemeinden Rücklagen gebildet werden können, die allerdings für die Herstellung von seit langem vernachlässigten Arbeiten im nächsten Jahr gebraucht werden.

Der Grundstücksverkehr hat weiter stark zugenommen. Im Berichtsmonat wurden rund 350 Anträge auf Veräußerung von Grundstücken behandelt.

Im Gesundheits- und Veterinärwesen haben sich wesentliche Änderungen nicht ergeben.

Die Straßenbauten ruhen wegen des Frostes. Der Polnische Baudienst mußte aus diesem Grunde die Baustellen in Rokow, Bochnie und Sieroslawice einstellen. Die Werkabteilungen in Kressendorf und Wartenberg wurden als Winterabteilungen eingerichtet.

VI. Verhältnis zu anderen Dienststellen

Veränderungen sind nicht eingetreten.

1. Anlage

[Unterschrift unleserlich].